

## Gemeinde Pahlen

(Kreis Dithmarschen)

### Bebauungsplan Nr. 15 „Solarpark Pahlen II“

für die Teilgebiete

1. „nördlich der Hauptstraße (L 172), südwestlich der Bebauung Westerende und südlich der Straße Krogstelle“
2. „nordwestlich der Hauptstraße (L172) und südwestlich der Teichanlage Angelpark Teichhof“

**Bearbeitungsstand:** § 10 (3) BauGB i. V. m. § 10 a (1) BauGB, 19.12.2024  
Projekt-Nr.: 22034

## Zusammenfassende Erklärung

### Auftraggeber

Gemeinde Pahlen über  
MaxSolar GmbH  
Schmidhamer Straße 22  
83278 Traunstein

### Auftragnehmer

Planungsbüro Philipp  
Dithmarsenpark 50, 25767 Albersdorf  
(0 48 35) 97 838 – 00, Fax: (0 48 35) 97 838 - 02  
mail@planungsbuero-philipp.de

# Gemeinde Pahlen

## Bebauungsplan Nr. 15 „Solarpark Pahlen II“

für die Teilgebiete

1. „nördlich der Hauptstraße (L 172), südwestlich der Bebauung Westerende und südlich der Straße Krogstelle“
2. „nordwestlich der Hauptstraße (L172) und südwestlich der Teichanlage Angelpark Teichhof“

## Zusammenfassende Erklärung

Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 a BauGB stellt die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der Planung berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, kurz dar.

Planungsanlass für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 15 ist die Überplanung landwirtschaftlicher Flächen als Sondergebiet -Photovoltaik-. Das Plangebiet besteht aus zwei Teilflächen und ist insgesamt etwa 13,2 ha groß. Teilfläche 1 umfasst ein Teil der Flurstücke 11 der Flur 12 und 4 der Flur 3. Teilfläche 2 umfasst die Flurstücke 38, 39 und 40 der Flur 13 der Gemeinde und Gemarkung Pahlen.

Das Plangebiet ist geprägt von landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie von gliedernden Knicks. Teilbereich 1 grenzt direkt an die westliche Siedlungsrandbebauung ‚Westerende‘ der Gemeinde. Teilbereich 2 liegt unmittelbar südwestlich der Wasserflächen der Teichanlage im westlichen Gemeindegebiet.

Im Umweltbericht wurde für das Plangebiet zur Ermittlung der Umweltauswirkungen eine schutzgutbezogene Bestandsaufnahme durchgeführt, die wesentlichen Auswirkungen der Planung beschrieben und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet.

Die Bestandsaufnahme und Bewertung der Schutzgüter hat ergeben, dass für die Schutzgüter Biotope, Tiere und Pflanzen, Wasser, Klima und Luft, Mensch, Kultur- und Sachgüter sowie hinsichtlich der Wechselwirkungen der einzelnen Schutzgüter untereinander keine bis geringe Beeinträchtigungen zu erwarten sind oder die möglichen Auswirkungen weitgehend minimiert werden können.

Erhebliche Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter sind im Schutzgut Boden / Fläche durch die Inanspruchnahme von Freifläche durch Einzäunung der Sondergebiete sowie die Überbauung mit PV-Modulen und im Schutzgut Landschaft durch die technische Überprägung der Flächen zu erwarten.

Teilfläche 2 liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Nordergeest“. Der geplante Solarpark ist in beiden Teilflächen von Gehölzbeständen umgeben. Diese sollen im Zuge der Errichtung des Solarparks noch ergänzt werden. Dadurch wird der Solarpark weitgehend eingegrünt. Das Relief der Landschaft ist durch den angelegten Straßendamm der L 172 bereits verändert. Es liegt also eine Vorbelastung des Landschaftsbildes vor. Eine Untersuchung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzziele des LSG kommt zu dem Ergebnis, dass eine Verträglichkeit gegeben ist.

Darüber hinaus werden im Schutzgut Landschaft erhebliche Beeinträchtigungen durch die Erhaltung der Knicks und Hecken sowie durch Anlegen von Hecken vermindert. Verbleibende Beeinträchtigungen werden durch die Entwicklung der SPE-Flächen zu artenreichem, extensiv genutztem Grünland minimiert. Dadurch wird eine Aufwertung der Flächen in den Schutzgütern Boden, Biotope, Tiere und Pflanzen und im Landschaftsbild erreicht. Damit werden die Beeinträchtigungen vollständig ausgeglichen.

Bei Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen wie Bauzeitenregelung und Freihalteabstand vom Zaun zum Boden das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG vermieden werden.

Die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen umweltrelevanten Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden, soweit sie der Klarstellung dienten, in die Begründung übernommen.

Die Daten der Mahdtermine, sowie für das Walzen und Schleppen der Flächen wurden in der Begründung angepasst und ein Hinweis zu den artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen auf der Planausfertigung übernommen.

Es erfolgt ein Hinweis in der Begründung, dass bei Grundwasserhaltung eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der UWB zu beantragen ist. Sollten bei den Erdbaumaßnahmen organoleptische Auffälligkeiten festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung deuten, sind die Arbeiten in diesem Bereich sofort zu unterbrechen und der Fachdienst Wasser, Boden und Abfall des Kreises Dithmarschen zu benachrichtigen.

Im gesamten Plangebiet ist eine Gründung der Solarmodule mit verzinkten Stahlprofilen aus Gründen des allgemeinen Grundwasserschutzes nur zulässig, wenn vor Baubeginn fachgutachterlich nachgewiesen wird, dass sich der höchst anzunehmende Grundwasserstand unterhalb der Gründungsebene der Solarmodule bzw. Zaunanlage befindet. Gleiches gilt für die Gründung der Zaunanlage.

Die Teilgebiete werden über bestehende Zufahrten von der L 172 erschlossen. Teilgebiet 2 wird vorrangig über das gemeindliche Wegenetz erschlossen. Eine Blendwirkung durch die Photovoltaikanlage für die um das Plangebiet verlaufenden Straßen sowie das östlich gelegene Wohnhaus kann aufgrund der Topographie und der Gehölzstrukturen ausgeschlossen werden.

Die Empfehlungen zur Pflege der Solarfreiflächen, blickdichten Eingrünung, Einzäunung, Gestaltung der Solarfreiflächen, Ausgleich/Kompensation sowie zu Monitoring und Effizienzkontrolle wurden im Wesentlichen berücksichtigt, soweit sie sinnvoll umsetzbar sind. Die Modulabstände ergeben sich aus der zulässigen Grundflächenzahl.

Aus der Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet ergeben sich keine Verpflichtungen zur Erhöhung des Ausgleichsfaktors, soweit Flächen mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft nicht betroffen sind. Im Übrigen hat sich das Erfordernis zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden auch auf Ausgleichsflächen zu beziehen. Diese sind mithin nur im notwendigen Umfang auszuweisen.

Die Gemeinde geht von einer hinreichenden Zielerreichung aus und hält die ökologische Wertigkeit von PV-Freiflächenanlagen für wissenschaftlich hinreichend belegt. Besondere Monitoringmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Grundsätzliche Bedenken gegen die vorliegende Planung wurden im Rahmen des Entwurfs nicht mehr geäußert. Grundsätzliche Planungsalternativen wurden nicht aufgezeigt.

Der Bebauungsplan Nr. 15 wurde am 11.12.2024 von der Gemeindevertretung Pahlen als Satzung beschlossen.

Gemeinde Pahlen, 12.12.2024

  
\_\_\_\_\_  
(Bürgermeister)